61. Jahrgang No. 49

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 30. Januar 1913

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg u. Sachsen **20 Pf. wöchentlich** bzw. **85 Pf. monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährlich M. 2.70. — **Insertionspreis** für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131-10148.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 61-62, Grosse Frankfurter Str. 31, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Potsdamer Strasse 33, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 39; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Strasse 41; Pankow: Bornholmer Strasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90, Tempelhof: Berliner Str. 104a; Weissensee: Berliner Allee 25; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98-99; Brandenburg: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Kurze Chronik.

• Die Magistrate der Städte Charlottenburg und Schöneberg haben für 1913/14 eine Kommunalsteuer von 110 Prozent beschlossen.

Der Vorsitzende Jean des aufgelösten „Souvenir Alsacien Lorrain" hat gegen die kürzlich vom Bezirkspräsidenten verfügte Auflösung dieses Vereins beim kaiserlichen Rat Berufung eingelegt.

Das russische Handelsministerium hat eine Gesetzvorlage ausgearbeitet, die die Auswanderung der russischen Arbeiter regelt. Um den Arbeitern im Auslande zu helfen, werden besondere Kommissare eingesetzt.

• Näheres im Text des Blattes.

Das Ausnahmegesetz gegen die Polen.

Das Mißtrauensvotum in der Schwebe.

Heute wird über das gestern im Reichstage beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler wegen der preußischen Polenpolitik namentlich abgestimmt werden. Gegen das Enteignungsgesetz wurden gestern zwei sehr gute Reden gehalten, eine von dem Abgeordneten Wendel, der mit den Waffen der Satire sehr glücklich kämpfte, die andere von dem Abgeordneten Dr. Pachnicke, der die unglückselige Polenpolitik der preußischen Regierung mit sehr ernsten Einwänden verurteilte. Doch ist die Fraktion des Herrn Dr. Pachnicke bei all ihrer grundsätzlichen Verurteilung der preußischen Expropriationspolitik, durch die Preußen und das Reich schwer geschädigt werden, nicht gewillt, dem Reichskanzler das beantragte Mißtrauensvotum auch formell zu erteilen, weil es sich um eine — preußische Angelegenheit handle. Wir glauben, daß diese Ehrfurcht von dem juristischen Spinngewebefäden, mit denen die Freisinnigen sich hier diplomatisch gefesselt haben, in diesem Falle im Volke nicht verstanden wird. Preußen ist nicht der geborene und alleinige Pächter des Deutschtums; wohl aber ist das Deutsche Reich der verantwortliche Schützer des Deutschtums, und daß die grundverkehrte Polenpolitik Preußens das Deutschtum im Osten nicht schützt, sondern gefährdet, das hat auch die fortschrittliche Fraktion durch ihren Fraktionsredner deutlich genug aussprechen lassen. Also muß man das Recht haben, im Reichstag dem Reichskanzler, der in Preußen Ministerpräsident ist, zu sagen: man mißbillige es, daß der Kanzler als Ministerpräsident in Preußen eine dem Deutschtum gefahrbringende, weil gänzlich verfehlte, verhängnisvolle Polenpolitik zulasse. Wenn die beiden Mecklenburgs durchaus keine moderne Verfassung einführen wollen, so haben gerade fortschrittliche Abgeordnete wiederholt das Reich und den Reichskanzler zum Einschreiten aufgefordert. Was den beiden Mecklenburgs gegenüber angebracht ist, das muß aber auch dem größten Bundesstaat Preußen gegenüber rechtens sein, sobald man im Reichstag der Meinung ist, daß durch die verkehrte preußische Polenpolitik der Reichsgedanke und das Reich nicht gestärkt, sondern geschwächt werden!

Gegen die Bauern

entschied sich gestern kurzerhand das Herrenhaus, das über eine Petition, wonach die Hälfte der Gemeindevertreter im Bereich der Landgemeindeordnung aus Bauern, Arbeitern und Gewerbetreibenden bestehen soll, zur Tagesordnung überging. Der Großgrundbesitz will unumschränkt herrschen. So will es das preußische Junkertum. Nur auf den Generalversammlungen des Bundes der Landwirte tut man so, als sorge man für den Bruder Bauer. Das kostet nichts, macht sich aber gut.

Keine „kleine Amnestie"! Die „Neue politische Korrespondenz" schreibt: „Die „Nationalzeitung" vom 28. d. M. bringt die Mitteilung, daß der Kaiser aus Anlaß seines Geburtstages eine große Anzahl jugendlicher Gefangener bedingt begnadigt habe. Diese Mitteilung muß auf einem Mißverständnis beruhen. Zu einer solchen bedingten Begnadigung bedarf es keiner Allerhöchsten Entscheidung, vielmehr sind der Justizminister und neuerdings in gewissen Grenzen die Oberstaatsanwälte ermächtigt, Strafaufschub mit Aussicht auf Begnadigung bei guter Führung innerhalb einer Bewährungsfrist zu bewilligen."

Süßer Kaffee für die Strafgefangenen. Minister v. Dallwitz hat ein warmes Herz für die Straf- und Besserungsgefangenen. Ihnen soll auf seine Veranlassung hin künftig der Kaffee versüßt werden. Während der Eisenbahnfahrt haben die Transportleiter den Gefangenen in der Regel morgens, mittags und abends warmen Kaffee zu verabreichen. Bisher ist der von den Transportleitern im Gefangenenwagen selbst zubereitete Kaffee schwarz — ohne Zusatz von Milch oder Zucker — verabreicht worden; nur ausnahmsweise und zwar in der Provinz Schlesien haben die Transportgefangenen schon seither zwei Stückchen Würfelzucker zum Kaffee erhalten. Da die Mitnahme von Milchvorräten auf dem Transport untunlich ist, hat Minister v. Dallwitz zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens bestimmt, daß hinfort allgemein an die Transportgefangenen im Gefangenenwagen zu jeder Portion Kaffee zwei Stück Würfelzucker verabreicht werden, die, wie in der Verordnung ausdrücklich betont wird, mit einem Holzlöffel eingerührt werden können.

Kündigung des Waffenstillstandes.

Die üble Lage des neuen türkischen Kabinetts. — Gütliche Auseinandersetzung zwischen Bulgarien und Rumänien.

Um Mitternacht traf die Nachricht ein, daß Bulgarien den Waffenstillstand heute kündigen wird. Der Wiederausbruch des Krieges ist damit gegeben. Was die Diplomaten nicht schlichten konnten, wird das Schwert entscheiden.

Wir verzeichnen folgende Drahtmeldungen:

Sofia, 29. Januar.

Laut einem Beschluß des Ministerrats wurde das Armeehauptquartier angewiesen, den Waffenstillstand mit dem morgigen Tage zu kündigen.

Ein Armeebefehl des Generals Sawow.

Sofia, 29. Januar.

General Sawow hat folgenden Tagesbefehl an die Armee gerichtet: Aus dem Gange der Friedensverhandlungen geht klar hervor, daß der Feind nicht einen Zoll breit des Landes abtreten will, das von unseren siegreichen Armeen erobert worden ist. Sollen die Helden von Kirkkilissa, Bunar-Hissar, Lüle-Burgas und Tschataldscha diese Beleidigung der ruhmreichen bulgarischen Armee hinnehmen, ohne sie zu vergelten? Bereitet euch deshalb für neue Siege vor, und mit eurem unwiderstehlichen Vorwärtsstürmen beweiset dem Feinde und der ganzen Welt, daß das bulgarische Vaterland mehr Rücksicht verdient.

Die Note der Balkandelegierten.

London, 29. Januar.

Der Text der Note der Balkanverbündeten lautet: „An Ihre Exzellenzen, die Herren bevollmächtigten Delegierten der Hohen Pforte auf der Friedenskonferenz. Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz vergeblich während dreier Wochen auf eine Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten auf ihre letzte Forderung gewartet haben, und da, wie es scheint, die Ereignisse in Konstantinopel die Hoffnung beseitigen, zu einem Friedensschluß zu gelangen, sehen sie sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen zu erklären, daß die am 16. Dezember vergangenen Jahres in London angeknüpften Verhandlungen am 28. Januar 1913 in London abgebrochen wurden." Die Urkunde trägt die Unterschriften aller Delegierten der Balkanstaaten, als erste die Danews.

London, 29. Januar.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, erschien der serbische Geschäftsträger Gruitsch um 3 Uhr nachmittags im Carlton Hotel, wo er von einem Sekretär der türkischen Mission empfangen und nach den Zimmern Reschid Paschas geführt wurde. Gruitsch überreichte hierauf formell die Note der Verbündeten. Er verließ das Hotel sogleich wieder und begab sich nach dem Auswärtigen Amt, um dem Staatssekretär Grey eine Abschrift der Note zu übermitteln.

Der Dank der Balkandelegierten.

London, 29. Januar.

Die Balkandelegierten haben dem Staatssekretär Grey eine Kopie der Note an die türkischen Delegierten mit einem Schreiben überreicht, in dem es heißt: „In dem Augenblick, in dem die von unserem Willen unabhängigen Umstände uns die ernste Maßregel auferlegen, die wir soeben ergriffen haben, bitten wir Euere Exzellenz, bei seiner Majestät dem König der Dolmetsch unserer ehrfurchtsvollen Dankbarkeit zu sein, und wir drücken Euerer Exzellenz und der Regierung Seiner britannischen Majestät den aufrichtigen Dank unserer Regierungen und unseren persönlichen tiefen Dank aus für die **herzliche Gastfreundschaft,** die den Delegierten der verbündeten Staaten in der großen und schönen Hauptstadt des vereinigten Königreichs entgegengebracht worden ist.

Ende der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen in London.

London, 29. Januar.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben Dr. Danew und der rumänische Gesandte Mischu bei ihrer heutigen Besprechung ein Protokoll ausgearbeitet, in dem die Ansichten beider Seiten zum Ausdruck kommen. Auf Wunsch Rumäniens wird dies Protokoll beiden Regierungen unterbreitet, die dann auf der Basis des Protokolls die Verhandlungen in Sofia und Bukarest fortsetzen werden.

London, 29. Januar.

In dem von Mischu und Danew aufgesetzten Protokoll fordert Rumänien eine Grenzlinie, die sich von Turtukai, einem Punkt an der Donau, ungefähr zwanzig Meilen westlich von Silistria, bis Baltschik am Schwarzen Meere erstreckt. Rumänien verlangt ferner Garantien für die Autonomie der Schulen und Kirchen der Kutzowalachen in dem Gebiet, das Bulgarien zufallen wird. Es wird erklärt, daß Rumänien diese Zugeständnisse verlangt mit Rücksicht auf die großen, durch den Krieg hervorgerufenen Aenderungen des politischen Gleichgewichtes, die für die zukünftige Freundschaft zwischen Bulgarien und Rumänien weitere Garantien für Rumänien erforderlich machen. Das Protokoll gibt endlich an, was Bulgarien zuzugestehen willens ist.

Vertrauensvotum für das Kabinett Majorescu.

Bukarest, 29. Januar.

In der heutigen Sitzung der Kammer gelangte die Interpellation über die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen zur Sprache. Ministerpräsident Majorescu gab folgende Erklärung ab:

„Der Deputierte Gradisteanu ist schlecht informiert. Es ist nicht richtig, daß die bulgarischen Vorschläge nicht ernst sind. Der Redner hätte nicht im Parlament sagen sollen, daß Bulgarien wie in einem Kaufhause feilsche, oder daß Rumänien Europa zum Spott diene. Die Stimme Rumäniens wird in Wirklichkeit gehört werden. (Beifall.) Dr. Danew hatte in Bukarest keinen Auftrag, zu unterhandeln; er hat einfach die Wünsche Rumäniens zur Kenntnis genommen. Bulgarien hat dann erklärt, daß es zuerst den Krieg beendigen und dann verhandeln wolle. Rumänien verlangte, sofort zu verhandeln. Bulgarien erkannte die Richtigkeit des rumänischen Gesichtspunktes an; die Verhandlungen begannen und dauern in freundschaftlicher Weise fort. Dies ist alles, was ich jetzt erklären kann. Ich hoffe, demnächst weitere Auskünfte erteilen zu können. Ich erkläre, daß die Regierung die ganze Verantwortlichkeit übernimmt."

Die Kammer nahm hierauf mit allen 110 abgegebenen Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Die Liberalen enthielten sich der Abstimmung. Der Führer der Liberalen erklärte, ihre Stimmenthaltung sei darauf zurückzuführen, daß für diese Angelegenheit die Majorität maßgebend sei.

Konstantinopel vor einer Gegenrevolution?

Köln, 28. Januar.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Konstantinopel vom 29. Januar: Das Kabinett Mahmud Schewket Pascha befindet sich in einer üblen Lage, da in der Armee allgemein Unzufriedenheit herrscht, weil die angeblich zufällige Erschießung Nasim Paschas als absichtlich angesehen wird. Wie im vorigen Jahre, ist das Heer von neuem in zwei feindliche Lager für und gegen das Komitee geteilt. Hier erzählt man, nicht nur in den Linien von Tschataldscha, sondern auch in den Befestigungen der Dardanellen, des Bosporus bei Bulair und St. Stefano, sowie in der Kriegsschule von Pankaldi sei es zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien gekommen. In Hademkioei sollen sie seit Sonnabend andauern, und angeblich kommen täglich Verwundete von dort hier an. Vorgestern 72, davon 32 Offiziere, gestern 123, davon 21 Offiziere. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Der Militärbund, der dem Komitee feindlich ist, hält Versammlungen an verschiedenen Stellen der Stadt ab. Abuk Pascha, der Kommandeur der Truppen in den Linien von Tschataldscha, und die dortigen Offiziere sind immer für die Fortsetzung des Krieges gewesen. Aber sie sind auch Feinde des Komitees und verlangen den Kopf des Mörders von Nasim Pascha und drohen mit einem Rachezug hierher. Der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schewket fährt täglich im Automobil von einer Kaserne zur anderen und feuert die Truppen an, vor allem die berüchtigten kurdischen Reiter in der Selimiehkaserne in Skutari, die das besondere Vertrauen der Komiteepartei zu genießen scheinen. Der Großwesir hat dadurch keine Zeit, sich um seine allgemeinen Geschäfte zu bekümmern. Man spricht auch von einem Gegensatz zwischen Mahmud Pascha und dem Chef des Generalstabes Jssed Pascha, der die Stellen des Kriegsministers und Oberbefehlshabers verlange.

Konstantinopel, 29. Januar.

Der Präsident des Senats, Ferid Pascha, hat sich ins Ausland begeben.

Konstantinopel, 29. Januar.

Die Preßmeldungen über einen Besuch, den Enver Bei bald nach dem Sturze Kiamils dem Freiherrn v. Wangenheim abgestattet haben soll, sind unwahr. Enver ist dem deutschen Botschafter persönlich überhaupt nicht bekannt.

Die albanische Frage in der Botschafterkonferenz.

London, 29. Januar.

Die Botschafter traten heute nachmittag zu einer Besprechung zusammen. Wie versichert wird, erörterten sie die albanische Frage sowie die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme, die sich aus dem Uebergang türkischen Gebiets an die Verbündeten infolge des Krieges ergeben.

Reaktivierungen, Konkordat und Postdebit in Serbien.

Belgrad, 29. Januar.

Die Zahl der durch den Ukas des Königs außer der Reihe beförderten Offiziere beträgt etwa siebenhundert. Durch einen weiteren Ukas werden mehrere Offiziere der Reserve und des Ruhestandes reaktiviert, darunter Oberst Popowitsch, der 1906 auf Verlangen Englands als Hauptverschwörer mit vier anderen